

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/199

Bonn, den 15. Oktober 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Frauerspiel</u> Zum Hin und Her um Merde	48
2 - 3	<u>Europas Einheit und die deutsche Wirklichkeit</u> Beobachtungen auf einem Journalistenkongreß Von Helmut F. Bärwald	93
4	<u>Mehr Kinder - mehr alte Menschen</u> Hessens Bevölkerung nimmt zu; um zehn Prozent in zehn Jahren	50
5 - 6	<u>De Gaulles Dilemma</u> Feinliche Präsidentenwahl Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer	92

+ + +

Trauerspiel

Zum Hin und Her um Mende

sp - Schnell wechseln auf der Bühne der Bonner Regierungsbildung die Szenen. Sie stimmen nicht gerade zur Heiterkeit und die handelnden Akteure, vom Spitzenstar Ludwig Erhard angefangen, nötigen den irritierten und verwirrten Zuschauern - und das ganze Volk blickt in diesen Tagen auf Bonn - nicht gerade Achtung und Bewunderung ab.

Die Auseinandersetzung um Außenminister Schröder, bestimmend für die erste Phase der Regierungsbildung, scheint ausgestanden zu sein. Der Außenminister wird seinen Posten behalten können; die gegen ihn gerichteten Angriffe schlugen fehl, seine Hauptgegner Adenauer und Strauß überspannten den Bogen und setzten sich nicht durch. Erhard wußte, der Stoß, der auf Schröder gezielt war, galt im Grunde genormer ihm. Wenigstens in diesem Falle mußte er schon aus Gründen der Selbstachtung Standhaftigkeit beweisen.

Strauß besteht, da er der Kopf Schröders nicht auf der Tableau erhielt, nun mit um so größerer Wucht auf seinem zweiten Opfer. Erich Mende soll als Gesamtdeutscher Minister über die Klinge springen. Jedes andere Ministeramt könne er übernehmen, sogar Vizekanzler dürfe er bleiben und Mitglied des Verteidigungsrates werden, aber nicht das Amt behalten, das er im ersten Kabinett Erhard innehatte. Der Bundeskanzler sah und sieht sich einer mächtigen Druck ausgesetzt. Auch innerhalb der CDU besitzt Mende einflußreiche Gegner, deren Bündnis mit Strauß brachte Erhard ins Schwanken, er ist bereit, Mende als Minister für Gesamtdeutsche Fragen zu opfern.

Kann diese Zukutung die FDP akzeptieren? Auch dem Unfall sind Grenzen gesetzt; wird er zu oft geübt, können die Folgen tödlich sein.

Geht es in diesem verwirrenden und listoreichen Spiel nur um Personen? Die Unionsparteien bestritten und gewannen ihren Wahlkampf mit der Beschwörung vergangener Leistungen; über die Zukunft wußten sie kaum etwas oder nichts zu sagen. Es fehlte ihnen an einer Standortbestimmung in einer rasch sich verändernden Welt. Die Probleme von heute sind nicht mehr die von gestern. Neue Fragen verlangen neue Antworten. Gewichtige außenpolitische Entscheidungen rücken heran. Die Bündnissysteme von West und Ost streben neuen Formen zu. Die Diskussion um die Atomwaffen beherrscht die öffentliche Meinung und Fragen einer vorausschauenden und beweglichen Ostpolitik bewegen sowohl die Amerikaner als auch die Franzosen. Dies alles verlangt von deutscher Seite eine klare Stellungnahme. Mit unverbindlichen und nichtssagenden Formulierungen, in denen ein Erhard ein Meister ist, ist es nicht getan. Die Unionsparteien befinden sich im Streit untereinander über die für die deutsche Politik einzuschlagenden Wege. Zwischen den Europa-Vorstellungen eines Strauß und eines Schröders, von Mende abgesehen, liegen Welten. Sie verbindet kein Brückenschlag. Zwischen beiden steht ein unsicherer, schwankender, von sich zwar Überzeugter, aber mit den Weltrealitäten nicht vertrauter Kanzler.

Mit Ach und Krach, mit vielen Wern und Aber dürfte Erhard die Regierungsbildung gelingen. Es wird ein Pyrrhussieg sein und gewiß nicht das Ende des Bonner Trauerspiels bedeuten, dazu sind zu viele bereit, ihm neue Abschnitte hinzuzufügen.

Europas Einheit und die deutsche Wirklichkeit

Beobachtungen auf einem Journalistenkongreß

Von Helmut F. Bärwald

Vom 8. bis 12. Oktober 1965 tagte in Palermo, Messina und Taormina auf Sizilien die 3. Generalversammlung der Vereinigung Europäischer Journalisten. Aus sechs europäischen Ländern - Italien, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und der Bundesrepublik - waren 120 Journalisten nach Sizilien gekommen, um sich in offenen, teilweise hart aber fair geführten Diskussionen über die Frage der europäischen Einigung zusammenzufinden.

Ja zu Europa!

Es ergab sich von selbst, daß sich die Berichte und Gespräche sehr schnell auf einen Punkt konzentrierten: Auf die Barrieren, die als Folge de Gaulle'scher Politik auf dem Weg zu einem vereinigten Europa, auf der Straße zu einer funktionsfähigen Gemeinschaft gleichberechtigter und gleichwertiger europäischer Staaten entstanden. Auf die sorgenvolle Frage nach dem "Was nun?" gab einer der französischen Kollegen eine klare, recht drastisch formulierte Antwort: "Wir dürfen uns nicht jedesmal, wenn General de Gaulle niest, hinter das Taschentuch der Resignation und der Mutlosigkeit verkriechen. Das vereinigte, in Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika verbundene Europa wird kommen, wenn die Völker kraftvoll und mutig den einmal beschrittenen Weg weitergehen." Dieses Bekenntnis zu Europa, das auch in einer einstimmig angenommenen Resolution seinen Ausdruck fand, ließ die Teilnehmer dieses Kongresses auf Sizilien hoffnungsvoll in ihre Länder zurückkehren.

Die deutsche Frage

Ein anderes Problem jedoch, das zunächst nur wenig beachtet an der Peripherie des Kongresses schwelte, bald aber zum Objekt hitziger Diskussionen wurde, stimmte die Teilnehmer aus der Bundesrepublik nachdenklich und sorgenvoll: Die deutsche Frage; die Teilung Deutschlands; die Theorie von der "Existenz zweier deutscher Staaten" und die Rolle eines wiedervereinigten Deutschlands in einem vereinigten Europa. Erschreckend war bei etlichen ausländischen Gesprächspartnern die gefährliche Naivität in der Beurteilung und die Unkenntnis der Ziele sowjetischer - oder überhaupt kommunistischer - Deutschlandpolitik. Erschreckend war auch das in vielen Fällen offensichtlich einseitig von der sowjetischen Auslandpropaganda vermittelte Wissen und Halb-Wissen über die Situation unseres geteilten Landes, über die Lage der Menschen in der Sowjetzone, über die Berliner Mauer und die Zonengrenze, über die 3 1/2 Millionen Flüchtlinge und die Tausende politischer Häftlinge. Allzu oft entpuppten sich dabei die Argumente (mit dem Anstrich der Objektivität) der ausländischen Gesprächspartner als ein gefährlicher Niederschlag ständig wiederholter Agitationsparasiten (nach dem Motto: Steter Tropfen höhlt

den Stein) der SED. Allzu oft gelang es den Deutschen nicht, das Bild in Stunden zu berichtigen, das die offensive und rago Auslandspropaganda der SED in Monaten und Jahren von den geteilten Deutschland und von der Lage östlich und westlich der Zonen-grenze gezeichnet hat. Aber: So schmerzlich und erschütternd die Argumentation mancher ausländischer Gesprächspartner auch war - wir müssen bekennen, daß wir ein Teil Schuld daran tragen.

Geduldig und selbstbewußt Gegenpositionen aufbauen

Wohl versucht eine Reihe von bundesrepublikanischen Institutionen, im Ausland das notwendige Wissen um die Problematik unseres geteilten Landes zu vermitteln und die Wahrheit über die Bundesrepublik und die Sowjetzone aufzuzeigen. Doch es mangelt oft noch - das wurde auf dem Journalistenkongreß auf Sizilien erneut bestätigt - an einer glaubhafter außenpolitischen Konzeption und an einer offiziellen, von der Bundesregierung und allen demokratischen Kräften gemeinsam getragenen und aktiv unterstützten ehrlichen und standfesten Argumentation gegen die SED-Propaganda.

Der äußerst intensiven und in letzter Zeit immer offensiver gewordenen Auslandspropaganda der SED - an dieser Stelle sei nur auf die Aktivität der dem sowjetzonalen Außenministerium unterstellten "Gesellschaften" und "Freundschaftskomitees", der "Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland" und des "Deutschen Friedensrates" verwiesen - steht keine gleichwertige, gleichgewichtige Verbreitung der Wahrheit - nicht Propaganda! - der Bundesrepublik gegenüber. Wir dürfen, wenn wir im Ausland Freunde gewinnen und erhalten wollen, nicht den Bänkelsängern der SED das Feld überlassen, die das demokratische Deutschland ver-teufeln und von der Bundesrepublik ein schauriges Bildmalen, während sie die Sowjetzone als den "Ersten Deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat" und Hort des Friedens anpreisen. Gerade die Sehnsucht der Menschheit nach Frieden wird - leider nicht immer ohne Erfolg - in den außenpolitischen Aktionen und in der Auslandspropaganda der SED-Regierung geschickt manipuliert. Auf diese und andere Weise soll das Prestige des SED-Staates im Ausland erhöht und allmählich die Anerkennung der "DDR" erreicht werden. Unsere Gegenposition darf allerdings, wenn sie im Ausland glaubhaft und überzeugend sein soll, nicht im sterilen Antikommunismus stecken bleiben. Überzeugen können nur wahre Worte und vernünftige, nicht im Gestrigen verharrende, sondern der Entwicklung unserer Zeit entsprechende Taten auf dem innen- und außenpolitischen Feld der Bundesrepublik.

Jede Chance wahrnehmen

Die 4. Generalversammlung der Vereinigung Europäischer Journalisten wird 1966 in der Bundesrepublik, möglicherweise in Berlin, stattfinden. Wenn dann das Thema "Europa und die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus" zur Sprache kommen sollte, hätten wir Deutschen die Chance, auch auf dem Parkett eines solchen Kongresses unseren Standpunkt zu vertreten, die Wahrheit über die Bundesrepublik und die Sowjetzone zu vermitteln und bei den ausländischen Teilnehmern Verständnis für das Besondere an der deutschen Frage zu wecken. Die Erfahrungen von Sizilien verpflichten uns, diese Chance - wie alle anderen gegebenen Möglichkeiten - richtig und tatkräftig zu nutzen.

Mehr Kinder - mehr alte Menschen

Hessens Bevölkerung nimmt zu: um zehn Prozent in zehn Jahren

sp - Die Einwohnerzahl Hessens wird weiterhin anwachsen. Nach einer mit wissenschaftlicher Exaktheit aufgestellten Vorausschau des Statistischen Landesamtes in Wiesbaden wird im nächsten Jahrzehnt eine rund zehn-prozentige Bevölkerungszunahme erwartet. Mit einer Vermehrung der Gesambevölkerung um rund eine halbe Million kann daher von derzeit 5,1 Mio. auf etwa 5,6 Mio. im Jahr 1974 gerechnet werden.

Die zunehmende Entwicklung der Bevölkerung des Landes wird von verschiedenen Faktoren bestimmt. Dazu gehört neben Zuwanderungsgewinnern und dem Zuzug von Gastarbeitern in erster Linie die natürliche Bevölkerungsbewegung, die sich aus der Entwicklung der Geburtenhäufigkeit und der Sterbewahrscheinlichkeit ergibt. Dabei wird mit einem Ansteigen der Geburten und einer längeren Lebenserwartung gerechnet. Dies bedeutet, daß der Anteil der Jugendlichen und der alten Menschen an der Gesamtbevölkerung in zehn Jahren größer als heute sein wird.

Im einzelnen wird bei der Gruppe der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren mit einer Zunahme um 15 Prozent und bei den 65jährigen und Älteren Menschen mit einer Zunahme von rund 26 Prozent gerechnet. Das bedeutet in absoluten Zahlen: Von der Bevölkerungszunahme von 500 000 in den nächsten zehn Jahren entfallen 160 000 auf die Kinder und 160 000 auf die über 65 Jahre alten Menschen. In den einzelnen Altersschichten gibt es also eine recht unterschiedliche Entwicklung, der in der Praxis Rechnung getragen werden muß.

Die langfristige Entwicklungspolitik eines Landes, die Hessen als erstes Bundesland mit dem Großen Hesseplan eingeleitet hat, ermöglicht die rechtzeitige Erkennung einer solchen Entwicklung und gleichzeitig die vorausschauende Durchführung der sich daraus ergebender notwendigen Maßnahmen. Denn mehr Kinder in zehn Jahren bedeutet, daß zu diesem Zeitpunkt auch mehr Kindergärten und Jugendeinrichtungen im Land zur Verfügung stehen müssen. Und die erkennbare Tatsache der Zunahme unserer alten Mitmenschen bringt für den Staat und die Gemeinschaft die Verpflichtung zum entsprechenden Ausbau von Altenheimen.

Der erste Prozeß der Umschichtung im Altersaufbau der Bevölkerung und die rechtzeitige Erkennung seiner Entwicklung auf längere Sicht sind daher für den Staat und die Gemeinschaft von größter Bedeutung. In einer fortschrittlichen, dem Menschen und seinem Wohlergehen dienender Politik werden die Gemeinschaftsaufgaben auch vom Menschen bestimmt und geformt. Eine veränderte Bevölkerungsstruktur erfordert daher veränderte Schwerpunkte für viele Gemeinschaftsleistungen.

Diese Erkenntnis gehört zu den fundamentalen Grundlagen des Großen Hesseplans. Mit seiner auf den überschaubaren Zeitraum von zehn Jahren abgestellten und durchgerechneten Vorausschau stellt er allen politischen Kräften des Landes ein Instrument zur Verfügung, das einen sicheren Weg in eine gesicherte Zukunft weist und dem hohen demokratischen Ziele dient, das Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn in seiner Regierungserklärung am 30. Januar 1963 mit den Worten charakterisiert hat: "Im Mittelpunkt all unserer Bemühungen steht immer der Mensch und sein Wohlergehen, der Mann an der Werkbank, am Schreibtisch, am Pflug, der Mensch in seiner Not, die Jugend und das Alter!"

De Gaulles Dilemma

Peinliche Präsidentenwahl

Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer

Zum erstenmal wählen die Franzosen am 5. Dezember in direkter Abstimmung den Präsidenten der Republik; für sieben Jahre ein Staatsoberhaupt mit schier unbeschränkten Vollmachten.

Man vergißt häufig, daß de Gaulle vor sieben Jahren nicht, durch Volkswahl, sondern noch nach den ursprünglichen Bestimmungen der Verfassung der 5. Republik auf indirektem Wege gewählt wurde, nämlich durch die Gesamtheit der Abgeordneten und Senatoren, Delegierten der Bürgermeister und Generalräte, insgesamt 80 000 "Wahlmänner". Es wäre also zum erstenmal, daß er sich aufgrund der neuen Bestimmungen, die erst 1962 in einer Verfassungsreform nachträglich beschlossen wurden, vom französischen Volk zum Staatspräsidenten wählen ließe. Dabei müßte er allerdings mit anderen Kandidaten in den Wettstreit treten.

"Verkörperung Frankreichs"

Gerade dies widerstrebt ihm jedoch zutiefst. De Gaulle betrachtet sich seit einem Vierteljahrhundert als "Schicksal und Verkörperung Frankreichs". Keine indirekte oder direkte Volkswahl verlieh ihm 1948 oder 1958 Titel und Rang, sondern Kriegserfolge.

Im Juni 1940 brach die Dritte Republik zusammen, im Mai 1958 die Vierte Republik. In einem und im anderen Fall versagten die parlamentarischen Parteien, ihre Führer, Minister und Präsidenten. In beiden Fällen suchte das Land einen Retter in der Not und wandte sich einem Mann zu, der 1940 noch völlig unbekannt war und keine politische Laufbahn hinter sich hatte, im Mai 1958 hingegen schon vom Nimbus eines "Vaters des Vaterlandes" umwoben war, aber seit zehn Jahren im inneren Exil lebte.

Man versteht, daß de Gaulle, zweimal aus dem Nichts zur höchsten Machtausübung berufen, kein Bedürfnis hat, im 77. Lebensjahr und im 26. Jahr seiner Karriere in Wettstreit mit anderen Kandidaten um die Gunst des Volkes zu buhlen, auch wenn dies der von ihm durchgesetzten Verfassung entsprechen sollte.

Verfassung als Etappe

Diese neue Verfassung ist nämlich ein Kompromiß zwischen den autoritären Bestrebungen des Gaullismus und den in Frankreich immer noch sehr starken Traditionen der parlamentarischen Demokratie. Mehrere Artikel dieser Verfassung sind doppelsinnig und können in verschiedenen Richtungen ausgelegt werden. De Gaulle selbst betrachtete den 1959 beschlossenen Text nur als Etappe. Er hat auch seither eine Reihe von Verfassungsreformen durchgesetzt, mit welchen der autoritäre Inhalt gestärkt und der Einfluß der parlamentarischen Demokratie weiter zurückgedrängt wurde. Weitere Reformen sind noch geplant, so die Ausschaltung oder Abschaffung des Senats und die Errichtung einer Ständekammer.

Als Verfassungsgeber und Errichter einer "Neuen Republik" dachte de Gaulle in Wirklichkeit niemals daran, persönlich den Spielregeln dieses neuen Systems unterworfen zu sein. Da er nach eigener

Auffassung seit einem Vierteljahrhundert Frankreich personifiziert, bedarf er keiner formalen Bestätigung. Er ist wohl überzeugt, auf Lebenszeit, wenn nicht für alle Ewigkeit zum Bannerträger Frankreichs berufen zu sein.

Erwogener Rücktritt

Der Ablauf der fatalen Siebenjahresfrist kommt ihm ungelegen und man versteht, daß er bis zur letzten Stunde zögert, dem Volk seine Entscheidung mitzuteilen, ob er nämlich bereit ist, außerhalb dramatischer Ereignisse, in fast banaler Weise verfassungstreu in die Wahlkampfarena zu steigen und sich mit einem Mitterrand, einem Tixier-Vignancour oder vielleicht sogar mit seinem früheren Finanzminister Pinay auf gleicher Ebene heranzuschlagen.

Wahrscheinlich ist das Spielen mit einem eventuellen Rücktritt keine bloße Gaukelei, sondern entspricht wirklichen Überlegungen des Generals: schließlich hat er sich in diesen sieben Jahren um Frankreich zweifellos verdient gemacht, das Land aus dem Algerienkrieg herausgeführt, außenpolitische Bewegungsfreiheit und innenpolitische Stabilität erreicht. 25 Jahre seit 1940 wären eine gute runde Zahl, um sich in fortgeschrittenem Alter in Ehren zurückzuziehen und vor dem Urteil der Geschichte zu bestehen.

Unruhe in der UMR

Vorausgesetzt - daß diese Stabilität tatsächlich auch ohne de Gaulle fortbestehen könnte und nicht ausschließlich mit seinem persönlichen Namen verbunden wäre. Gerade das ist aber mehr als zweifelhaft. Der derzeitige Herr des Elysée weiß sehr wohl, daß nach seinem Abgang die gaullistische UMR in ihre Bestandteile zerfiel. Auch von der gegenwärtigen Staatsverfassung und jedenfalls ihrer spezifisch gaullistischen Auslegung bliebe nicht viel übrig.

Die demokratischen Kräfte Frankreichs sind ungebrochen, dafür wurde noch in diesem Jahr in der Neuwahl der Kommunalverwaltungen und des Senats der Beweis erbracht.

So ist es verständlich, daß de Gaulle mit dem erwarteten Rücktritt zugunsten seines Premierministers Pompidou zögert und daß die führenden Männer der UMR-Apparates der General beschwören, so lange wie möglich am Ruder zu bleiben.

De Gaulles Bedingung

De Gaulle wird sich also nolens volens der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Volkswahl unterwerfen müssen, er wird sie aber in irgendeiner Form mit einem neuen Volksentscheid verbinden, in welchem die Franzosen vor aller Welt und vor sich selbst die gaullistische Bilanz der letzten sieben Jahre unterschreiben sollen, also feierliche Bestätigung der gaullistischen Verfassung, der gaullistischen Außen- und Innenpolitik.

Nur unter dieser Bedingung wird de Gaulle in den sauren Apfel eines Wahlkampfes beißen, in der Hoffnung, am 5. Dezember die vorgeschriebene absolute Mehrheit zu erreichen, also mindestens 51 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Andernfalls wäre er gezwungen, vierzehn Tage später zu einer Stichwahl gegen den Kandidaten Nr. 2 anzutreten, der sowohl Mitterrand als auch Pinay heißen kann. Und das wäre für die stolze Vorstellung des Gaulles von seiner eigenen Mission untragbar.